



Neues aus Düsseldorf für Südwestfalen

Juni 2016



Neues im Landtag – Die Plenarsitzungen im Juni

Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Woche tagte der Düsseldorfer Landtag. Über die aktuellen Themen und Gesetzesvorhaben wollen wir Sie an dieser Stelle informieren. Weitere Informationen zur **Tagesordnung** sowie weitere **Hintergrundinformationen** finden Sie [hier](#):

CDU will mehr Videoüberwachung ermöglichen

In einem Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, die rechtlichen Hürden für die öffentliche Videobeobachtung zu senken. Aus Sicht der CDU soll eine Videoüberwachung auch an so genannten gefährlichen Orten beziehungsweise an „gefährdeten Objekten“ in Zukunft möglich sein. Bisher lässt das Polizeigesetz nur eine Überwachung an streng definierten Kriminalitätsbrennpunkten zu. Die CDU will so dafür sorgen, dass künftig auch Kameras installiert werden können, wenn „kriminalitätsbegünstigende Faktoren“ vorliegen: so beispielsweise in Unterführungen oder an Verkehrsknotenpunkten. [Mehr...](#)

Land benötigt einen digitalen Aufbruch

Die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft ermöglicht in vielen Bereichen enorme Erleichterungen und nachhaltige Einspareffekte. Der Erfolg solcher Maßnahmen wie die papierlose, digitale Verwaltung (E-Government) und die digitale Abwicklung von Behördengängen hängt jedoch maßgeblich von der Breitbandabdeckung des Landes und der Steigerung der IT-Kompetenz der Behörden ab. Die CDU fordert daher von der Landesregierung in einem Antrag, endlich eine Digitalisierungsstrategie des Landes unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände vorzulegen. [Mehr...](#)

Parlament stimmt für kommunale Sperrklausel

Die Abschaffung der 5-Prozent Sperrklausel bei Kommunalwahlen durch das Landesverfassungsgericht im Jahr 1999 hatte eine starke Zersplitterung der Kreistage und Räte zur Folge. In einem gemeinsamen Antrag fordern CDU-, SPD- und die Grünen-Fraktion eine Sperrklausel von 2,5%, um die Funktionsfähigkeit der Räte wieder herzustellen. Eine zunehmende Zahl von Einzelmandatsträgern und nicht-fraktionsfähigen Gruppierungen erschwert die Mehrheitsbeschaffung und verhindert so eine am Gemeinwohl orientierte Politik. Der Gesetzesentwurf wurde am Freitag mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. [Mehr...](#)

Grundschulen – Stiefkinder der Landesregierung

In einer Aktuellen Stunde diskutierte der Landtag auf Antrag der CDU- und FDP-Fraktion über die desolate Lage der Grundschulen im Land. Einer Umfrage des Lehrerverbands Bildung und Erziehung (VBE) zufolge hat sich die Situation der Grundschulen in NRW in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Die Umfrage deckte unter anderem auf, dass in einer Mehrzahl der Grundschulen weniger Lehrer eingesetzt sind, als der Schule eigentlich zustehen würden. Hinzu kommen unbesetzte Leitungsstellen, fehlende personelle Reserven und letztlich der Unterrichtsausfall zu Lasten der Schüler. CDU-Fraktionschef Laschet kritisierte in seiner Rede: „Nirgendwo sonst leben so viele Kinder in Hartz-IV-Haushalten. Bildung ist der Schlüssel für sozialen Aufstieg. Die Grundschulen sind dafür der wichtigste Ort.“ Der Arnberger Klaus Kaiser ergänzte in seiner Rede: „Wenn wir die Stimmung an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen messen wollen, dann sehen wir: Die Stimmung an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist hundsmiseraibel. Liebe Frau Löhrmann, das zeigt deutlich: Rot-grüne Schulpolitik ist auf breiter Front gescheitert.“



Rot-Grün verabschiedet Mogelpackung bei Dienstrechtsmodernisierungsgesetz

Der Landtag hat am Donnerstag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung für ein Dienstrechtsmodernisierungsgesetz verabschiedet. „Das heute beschlossene Dienstrechtsmodernisierungsgesetz ist das kümmerliche Ergebnis von sechs Jahren rot-grüner Regierungspolitik“, kritisierte der Gesetzer Werner Lohn. Lohn koordinierte als Sprecher im zuständigen Unterausschuss Personal im Landtag innerhalb der CDU-Fraktion federführend die Gesetzesberatungen.

In seiner Rede kritisierte Lohn, dass selbst der überhastet vorgelegte Änderungsantrag von SPD- und Grünenfraktion nichts an diesem miserablen Ergebnis ändere.

„Sechs Jahre lang hatten SPD und Grüne Zeit für eine ‚Große Dienstrechtsreform‘, die sie auch im Koalitionsvertrag großspurig versprochen haben. Die Realität sieht heute leider so aus, dass sie erst oft angekündigt, dann jahrelang verschoben und am Ende wenig geliefert haben. Letztendlich liegt heute nur ein mutloses, missratenes Stückwerk vor, das so gut wie nichts zur Zukunftsfähigkeit unserer Landesverwaltung beiträgt“, betonte Lohn in seiner Rede.

Seit 2010 arbeiteten SPD und Grüne an dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, das immer als ‚Große Dienstrechtsreform‘ angekündigt wurde.

Aus Sicht der CDU werden auf die drängendsten Zukunftsfragen, wie die Digitalisierung der öffent-

lichen Verwaltung, die Flexibilisierung des Fachkräftewechsels aus der Privatwirtschaft, die Bezahlung im Lehrerbereich oder die Beseitigung von jahrelang bekannten Ungerechtigkeiten bei der Arbeitsbelastung keinerlei Antworten geliefert. Wie wenig zukunftsfest der Gesetzestext ist, zeigt sich auch beim Thema Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten für Migranten in den öffentlichen Dienst. Bis vor einer Woche fand sich kein Wort dazu im Entwurf. Erst nachdem die CDU-Fraktion dies am 10. Mai 2016 in ihrem Entschließungsantrag öffentlich gefordert hatte, haben SPD und Grüne die CDU-Forderung übernommen. Besonders kritisch sieht die CDU



die neu eingeführte Regelung zur Bevorzugung von Frauen bei Beförderungen. Mehrere Sachverständige haben bei der Anhörung diesen Passus angemahnt. Sie sehen hier keine Verfassungsmäßigkeit gegeben. Aus Sicht der CDU droht daher eine Welle von Klagen vor den Verwaltungsgerichten, was für das richtige und wichtige Ziel „Mehr Frauen in Führungspositionen“ absolut kontraproduktiv sei.

Freiheit des Bargeldverkehrs erhalten

Am 4. Mai 2016 hat die Europäische Zentralbank beschlossen, den 500-Euro-Schein abzuschaffen. Damit wurde eine weitergehende Debatte über die Abschaffung des Bargeldes ausgelöst: Die Bürgerinnen und Bürger sorgen sich besonders um ihre Handlungsfreiheit in Bezug auf das Konsumverhalten.

Bei Zahlungen durch EC- oder Kreditkarten können Kaufdaten durch Banken, Versicherungen und Unternehmen nachvollzogen werden. Nicht selten werden hier die Rechte selbstbestimmter Verbraucherinnen und Verbraucher untergraben. Eine erstmalige Bargeldobergrenze hätte mit großer Wahrscheinlichkeit auch weitere Einschränkungen zur Folge, wie in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist. Während die Bargeldobergrenze in Italien schon bei 3000 Euro liegt, darf ein französischer Bürger heute nur noch 1000 Euro Bargeld bei sich haben.

Die CDU-Fraktion fordert in ihrem [Antrag](#), dass sich die Landesregierung gegen weitere Einschränkungen der Bargeldfreiheit auf allen politischen Ebenen einsetzt. Um erfolgreich gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung vorzugehen, ist es aus Sicht der CDU wesentlich effektiver, entsprechende Instrumente in der Finanzverwaltung einzusetzen und zu stärken.

So erreichen Sie uns elektronisch:

Klaus.Kaiser@landtag.nrw.de
Jens.Kamieth@landtag.nrw.de
Matthias.Kerkhoff@landtag.nrw.de

Theo.Kruse@landtag.nrw.de
Werner.Lohn@landtag.nrw.de
Thorsten.Schick@landtag.nrw.de
Eckhard.Uhlenberg@landtag.nrw.de

Impressum:

V.i.S.d.P.: Klaus Kaiser, AG der südwestfälischen CDU-
Abgeordneten im Landtag NRW
Ansprechpartner: Klaus Kaiser MdL
Kontakt: klaus.kaiser@landtag.nrw.de

